

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Schriftleiter:
Eric Hilfringhaus, Berlin.
Telefon: Karl-Liebknecht 4194-4195



Redaktion für Verlag und Schriftleitung:
Berlin O 21, Dönhofsplatz 6
Telefon: Copeland

Die Bestellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund schriftlicher Zustimmung gestattet. Abnahme beträgt 4 Bogen
vor dem Druckbeginn, wenn nicht anders vermerkt. Abdruckpreis für beide Seiten 2 Bogen.

Berlin, den 8. März 1932.

Int. Institut
Ges. Geschiedenis
Amsterdam

Der neueste Sowjetschwindel.

SPD. Als Stalins Fünfjahresplan in die Sackgasse geriet und es im russischen Volke murrte, wurde im Vorjahre der bekannte Prozess gegen die 14 verurteilt, ein sogenannter "Schädlingsprozess". Es wurden Sündenböcke vor Gericht gestellt, die für das Regime geprügelt werden sollten. In diesem Prozess wurde dreist behauptet, die Auslandsvertretung der Menschewiki habe Schädlinge arbeit in Russland organisiert. Weil das Volk unter dem durch Stalin verordneten Elend seufzt, mussten die Menschewiki schuld sein!

Die Schüsse auf den deutschen Botschaftsrat Twardowski haben wie ein Blitzlicht die Dinge in Russland beleuchtet. Also werden neue Sündenböcke gebraucht, und siehe da, weisgardistische oder imperialistische Bürger auswärtiger Staaten haben dem Attentäter die Waffe in die Hand gedrückt - so behaupten heute die Sowjetbehörden. Und die kommunistische Presse in Deutschland benutzt diese Behauptung zur Wahlpropaganda für Thälmann!

Da haben wir also den neuesten Sowjetschwindel! Aber der Attentäter hat gestanden, sagen die Sowjetbehörden! Ja, er hat gestanden, nachdem er zwei Tage lang von der GPU bearbeitet worden ist. Er hat erst gestanden, als er reif war, das zu gestehen, was man von ihm wollte. Im Menschewikenprozess haben die Angeklagten auch gestanden, einer gestand hartnäckig, dass er mit Abramowitsch in Moskau zusammengewesen wäre, obgleich in derselben Zeit Abramowitsch auf dem Kongress der Internationale in Brüssel war. Man gesteht in Russland sogar, dass der Mond eine Apfelsine sei - so wie man vor mittelalterlichen Inquisitionengerichten alles gestanden hat.

Jedoch ist der Schwindel zu durchsichtig. Die deutsche Botschaft in Moskau hat in letzter Zeit häufig Drohbriefe erhalten, die mit so weisgardistischen Terrormärchen nichts zu tun haben, und die erste Tat des Stalinregimes nach dem Attentat war eine Tat des bösen Gewissens - die Anordnung polizeilicher Bewachung der Lebensmittelläden für Ausländer. Das sagt alles.

Wir begreifen recht gut, dass man das wahre Geständnis des Attentäters nicht hören darf. Es ist innerhalb der Mauern der GPU verhallt, und jetzt ist er nichts mehr als ein Instrument des sowjetrussischen Macchiavellismus, ein Instrument der Täuschung der Öffentlichkeit über die Wirkung des Stalinregimes auf das russische Proletariat. Wir verstehen recht gut, dass die Sowjetbehörden nicht berichten: der Attentäter sagt, er habe geschossen, weil er und seine Brüder hungern und die andern satt sind! Was würde dann aus der kommunistischen Propaganda, vor allem in Deutschland werden? Was würden die zur höheren Ehre des Stalinschen Staatskapitalismus in Sowjetrussland ausgebeuteten Massen sagen? Dieser Attentäter darf deshalb nur gestehen, was ihm vorgeschrieben wird. So war es im Prozess gegen die Menschewiki, so ist es auch diesmal. Das Cliché der Schädlingsprozesse wird wieder angewandt.

Wir sind nur gespannt, was die GPU diesen Attentäter noch gestehen las-

sen wird? Es sind da ausgezeichnete Chancen für internationale Verhetzung gegeben. Vielleicht gesteht er, dass französische Chauvinisten ihn beauftragt hätten, auf diese Weise die deutsch-russischen Beziehungen zu stören? Ein infernalisches Spiel mit dem Feuer kann das werden!

Aber alles das wird vor europäischen Augen nicht den klaren Tatbestand verdunkeln, dass in ihrer ersten Handlung die Sowjetbehörden als Explosion des durch das Stalinregime verordneten Elends angesehen haben! Das wird durch keine kommunistische Parole verdunkelt, mag sie noch so blödsinnig schlussfolgern: "ein Russe hat in Moskau auf den ersten Beamten der deutschen Botschaft geschossen, also wählt Thälmann!" Uns scheint, jeder, der auch nur ein Mindestmass von gesundem Menschenverstand besitzt, wird daraus die entgegengesetzte Schlussfolgerung ziehen!

SPD. Bukarest, 8. März (Eig. Drahtb.)

Die Bewohner des bessarabischen Grenzortes Palanca erleben nun schon seit zwei Wochen ein wahrhaft grausiges Schauspiel: Auf dem Eise des fest zugefrorenen Dnjestrflusses, ganz nahe am Ort, liegen noch immer die Leichen des grossen Flüchtlingsmordes in zerstreuten Gruppen umher. Niemand wagt es, sie zu bergen und zu beerdigen. Auf beiden Ufern stehen die Grenzposten, hier die Rumänen, dort die Russen. Inzwischen haben die rumänischen Behörden angeordnet, dass das grauenhafte Bild photographiert wird. Die Photos sollen dem Völkerbund übermittelt werden.

Der sozialdemokratische Abgeordnete von Bessarabien, Mirescu, der eine Reise in die Grenzgebiete unternommen hat, erklärte dem Korrespondenten des "Soz. Pressedienst" in Bukarest, dass die Lage am Dnjestrstrom unhaltbar geworden sei. Tagtäglich ereignen sich neue Zwischenfälle, da immer wieder von hien und drüben versucht wird, den Fluss illegal zu überschreiten. In den Nachtstunden gleicht die Grenze einer Kriegsfront: Scheinwerfer überstreichen das Flussbett und die Ufer, beim geringsten Geräusch steigen Leuchtraketen auf, jede verdächtige Person wird ohne Anruf mit einem Kugelregen überschüttet... Während von Rumänien aus immer nur Einzelpersonen oder kleinere Gruppen hinüberzukommen versuchen, sind die Grenzübertritte aus der Ukraine schon Massenerscheinung geworden. Im Monat Februar allein sind 342 russische Flüchtlinge gezählt worden, von denen etwa hundert auf der rumänischen Seite verwundet anlangten.

SPD. Der Verwaltungsrat der Reichspost wird am 15. März den Entwurf eines Gesetzes über die Postabfindung an Bayern und Württemberg beraten. Der Entwurf sieht vor, dass in Ausführung des Staatsvertrages vom 27. April 1920 Bayern eine Abfindung von 133 Mill. und Württemberg eine solche von 69 Millionen erhält. Ausser den Zahlungen, die bisher vorschussweise geleistet worden sind, soll Bayern im Jahre 1932 insgesamt 11½ Millionen und vom Jahre 1933 ab 22 Jahre lang eine Rente von jährlich 4,35 Millionen erhalten. Württemberg soll 1933 einen Betrag von 3 Millionen und dann von 1934 ab 21 Jahre lang eine Rente von jährlich 4 Millionen erhalten.

Im Arbeitsausschuss des Verwaltungsrats der Reichspost, der Anfang März getagt hat, ist diese Vorlage auf grossen Widerstand gestossen. Der Arbeitsausschuss hat zwar den Anspruch Bayerns und Württembergs auf Abfindung aus den Staatsverträgen grundsätzlich anerkannt. Gegen die Höhe der Abfindung aber und gegen die vorzeitige Befriedigung Bayerns und Württembergs, sowie gegen die damit verbundene Zurücksetzung der Ansprüche anderer Länder an das Reich machte sich grosser Widerstand bemerkbar. Angesichts der gespannten Finanzlage

der Reichspost fasste der Arbeitsausschuss auch den Beschluss, dass Zahlungen an Bayern und Württemberg, die vor der Annahme der Vorlage durch die gesetzgebenden Körperschaften geleistet werden, nicht von der Reichspost, sondern lediglich aus der Reichskasse geleistet werden dürfen.

SPD. Köln, 8. März (Eig. Drahtb.)

Die "Westdeutsche Arbeiterzeitung", das Verbandsorgan der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands, die am 12. März erscheint, enthält einen Artikel: "Wo stand Adolf Hitler 1918". In dem Artikel heisst es:

"Die Soldatenräte in der Garnison waren alle rot. Fast jeden Tag wurden Vorträge gehalten in sozialistischem Sinne. Novembergeist war Trumpf. Hitler unterhielt sich viel mit seinen Kameraden über die Lage, aber er hat nicht, wie er heute glauben machen will, den Marxismus als Irrlehre oder des deutschen Volkes Untergang gekennzeichnet. Er sagte zu einem seiner Kameraden wörtlich: Ich stehe in Verbindung mit dem SPD-Parteisekretär, um in die Propagandaabteilung der SPD einzutreten! Die Verhandlungen mit dem sozialdemokratischen Parteisekretär zerschlugen sich. Den Grund hat Hitler nie angegeben. Im Januar 1919 schlug sich Hitler zu den Rechtsparteien. Wer die Lage in München nur etwas kennt, für den war es klar, dass jene Kreise nicht vor das Volk treten konnten, um neue Ideen zu predigen. Also war es für sie ein Akt der Klugheit, sich einen Menschen zu suchen, der von unten kam und öffentlich sprechen konnte. So konnten sie Hitler als willenlosen und vor der beruflichen Zukunft bangenden Menschen leicht für ihre Ziele gewinnen."

Aus dieser Schilderung geht hervor, dass Hitler bei Verhandlungen mit einem sozialdemokratischen Parteisekretär nicht auf seine Kostengekommen ist. Wahrscheinlich hat man in München damals schon erkannt, dass er nur ein Schwätzer ist.

SPD. Der Stabschef Hitlers, jener Herr Röhm, der in Bolivien mit schwarze Rekruten geschlechtlich verkehrte und sie dazu gewissermassen kommandierte, hat gegen die Veröffentlichung seiner schwulen Briefe an einen seiner Berliner Freunde eine einstweilige Verfügung erwirkt. Röhm soll diesen Gerichtsbeschluss mit der Begründung erreicht haben, dass die Veröffentlichung seiner Briefe "verleumderische Angriffe" darstellen. Er wagt es nicht, die Echtheit der bisher veröffentlichten Schreiben auch nur mit einem Wort zu bestreiten oder bestreiten zu lassen und wird es dazu aus guten Gründen überhaupt niemals kommen lassen. Trotzdem besitzt er die Stirn, sich durch die Veröffentlichung der eigens von ihm verfassten schwulen Korrespondenz "verleumdet" zu fühlen. Dieser Pharisäer!

Vorläufig ist uns die Begründung der einstweiligen Verfügung zugunsten des römischen Systems im einzelnen nicht bekannt. Wir können uns deshalb heute noch nicht mit ihr befassen. Aber mag diese Begründung aussehen wie sie will: an dem über ihn bekannt gewordenen Tatbestand ändert Röhm weder etwas durch Gerichtsbeschluss noch durch verlogene Zeitungsnotizen oder Dementis. Es bleibt dabei, dass einem Manne, der nach eigenem Geständnis homosexuell ist und seine dienstliche Stellung benutzt hat um entsprechende Erlebnisse zu finden, nach wie vor im Einvernehmen mit dem Präsidentschaftskandidaten des Dritten Reichs die SA-Jugend anvertraut ist. Und das besagt alles insbesondere soweit das System des Dritten Reiches in Frage kommt. Es wäre römisch!

+ + +

Unter dem 3. Dezember 1928 hat Herr Röhm an eine seiner Berliner Gemahlinnen, einen Herrn F., einen Brief geschrieben, an dem vor allem der Passus über den "tölpelhaften Moralathleten" den Russen und jetzigen Berater Hitlers, Rosenberg interessieren dürfte. Falls Herr Röhm es wünscht, kann auch dieser handschriftlich vorliegende Brief veröffentlicht werden. Den vom 11. August 1929 aus Bolivien, in dem Röhm schildert, dass die schwarzen Rekruten sein Ideal sind, haben wir inzwischen der Öffentlichkeit übergeben.

Der Brief vom 3. Dezember 1928 lautet:

"München, Herzogstrasse 4/3

3.12.28.

Lieber Herr Dr. H.....h

Meinen Handschlag zuvor! Sie haben mich voll verstanden! Natürlich kämpfe ich mit dem Absatz über Moral vor allem gegen den § 175. Sie meinen aber, nicht deutlich genug. Ich hatte in dem 1. Entwurf eine nähere Ausführung über dieses Thema; habe es aber auch auf Rat von Freunden, die sich von dieser Art, zu schreiben, mehr Wirkung versprechen, in die jetzige Fassung geändert.

Mit dem Herrn Alfred Rosenberg, dem tölpelhaften Moralathleten, stehe ich in schärfstem Kampf. Seine Artikel sind auch vor allem an meine Adresse gerichtet; da ich aus meiner Einstellung kein Hehl mache. Das mögen Sie daraus ersehen, dass "man" sich bei mir eben in diese verbrecherische Eigenheit in den nat. soz. Kreisen gewöhnen hat müssen. Uebrigens arbeite ich auch mit Herrn Radsuweit zusammen und bin natürlich Mitglied seines Bundes.

B..... würde ich sehr gerne kennen lernen. Ihr Buch, für das ich Ihnen, ebenso wie für Ihre lb. Zeilen, herzlichst danke, interessiert mich natürlich ausserordentlich. Bis jetzt habe ich nur wenig davon lesen können; aber offen gestanden: es ist etwas zu schwer für mich. Könnt's Ihr verflixten Doktoren nicht deutsch schreiben, und müsst's immer gelehrte Fremdworte gebrauchen, die ein harmloser Erdenbürger nicht kapiert!

Morgen fahre ich nach Berlin und wohne "Stuttgarter Hof". Wenn wir uns sehen könnten (ich bin bis Freitag in B.) teilen Sie mir's doch bitte ins Hotel mit. Ich würde mich herzlich freuen, dann mit Ihnen ein paar Stunden plaudern zu können.

Ich danke Ihnen nochmals für Ihre Zeilen und bin Ihr ganz ergebener
Ernst Röhm."

SPD. Kiel, 8. März (Eig. Drahtb.)

Die Hugenberg-Presse meldet aus Insterburg, dass gegen den sozialdemokratischen Regierungspräsidenten Grimpe in Schleswig ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden sei. Grimpe soll als Landrat des Kreises Insterburg Verfehlungen begangen haben, indem er bei Hausbauten des Kreises sozialdemokratische Unternehmer bevorzugt, Materialien weit über die erlaubten Forderungen hinaus bezahlt und zugleich Materialien bezahlt habe, die niemals zur Ablieferung gelangt sein sollen.

Die Meldung ist erlogen! Weder ist gegen Grimpe ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden, noch konnten irgendwelche Verfehlungen im Kreise festgestellt werden. Es ist auch falsch, dass bei den Bauten des Kreises sozialdemokratische Unternehmer bevorzugt worden sind. Die Bauten wurden nicht durch den Landrat, sondern durch einstimmigen Beschluss des Kreis Ausschusses vergeben. Unter den Ausführenden dieses Beschlusses befand sich nicht ein einziger Sozialdemokrat, wohl aber ein deutschnationales Kreistagsmitglied.

SPD. Paris, 8. März (Eig. Drahtb.)

Kammerpräsident Bouisson verlas zu Beginn der Dienstag-Nachmittagsitzung einen Nachruf auf Briand, der von den Abgeordneten mit Ausnahme der Kommunisten stehend angehört wurde. Der deutsche Botschafter von Hoesch, der kurz zuvor einen Veilchenstraus auf dem Sterbebett Briands niedergelegt hatte, wohnte in der Diplomatenloge der Sitzung bei.

Bouisson führte u. a. aus: "Jeder ist davon überzeugt, dass mit Briand eine Kraft verschwindet, die im Dienste einer grossen Sache stand, und jeder fühlt, dass, um sie zu ersetzen, nichts weniger als eine Kollektivkraft notwendig sein wird, die Uebereinstimmung aller guten Willen, die er beleben und vereinigen wollte. (Beifall.) Während der letzten sieben Jahre seiner Tätigkeit als Aussenminister rundete sich in ergreifenden Zügen die Gestalt des Staatsmannes ab. Dieser grösste Mann Frankreichs gehört nur ihm nicht mehr ganz. Dieser vollkommene Franzose, der sein Land bis zu den unmerklichsten Nuancen liebte, war der Mitbürger der Menschen geworden, die ihm in der ganzen Welt ihr Vertrauen geschenkt hatten. Der Name Briand war für sie über alle internationalen Erwägungen hinweg und in der Besorgnis um eine unsichere Zukunft wie ein Signal der Hoffnung. Jedesmal, wenn er auf der Genfer Tribüne erschien, erwartete man von ihm, dass er das Gewitter beschwöre. Er kannte sehr wohl die Eitelkeit der Reden, die nicht von Handlungen begleitet sind. Aber jedes Jahr befestigte in ihm mehr die Ueberzeugung, dass man sich an die Völker wenden muss, um den Krieg zu bannen." (Beifall.)

Der Kammerpräsident verlas darauf mehrere Beileidstelegramme von ausländischen Parlamenten. Im Namen der Regierung widmete Tardieu dem Verstorbenen einige Gedenkworte. Der Ministerpräsident nannte Briand einen der grössten Parlamentarier Frankreichs und sagte, Briand sei ein Beispiel für alle, denen an dem Frieden der Gewissen, dem Frieden der Parteien und dem Frieden der Völker gelegen wäre.

SPD. Rüstringen, 8. März (Eig. Drahtb.)

Dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Mai in Rüstringen ist am Dienstag ein Drohbrief zugegangen. Der Polizeipräsident wird darin als Hochverräter und Judenboz beschimpft, der die Bevölkerung provoziere. Schliesslich wird gedroht, dass man Mai demnächst eine Kugel durch die Weste jagen werde. Unterschrieben ist der Brief: "Ein Schupo". Offenbar soll dadurch von den wirklichen Tätern, die in den Kreisen der Nationalsozialisten zu suchen sind, abgelehnt werden.

SPD. Frankfurt/M., 8. März (Eig. Drahtb.)

Im Gegensatz zu den Siegesfanfaren nationalsozialistischer Zeitungen steht im hessischen Bezirk eine sehr starke Versammlungsmüdigkeit bei den Nazi. Während in Hessen und Hessen-Nassau alle Kundgebungen der Eisernen Front überfüllt sind, sind, wie die sozialdemokratische Frankfurter "Volksstimme" mitteilt, die nationalsozialistischen Versammlungen in der näheren und weiteren Umgebung Frankfurts ausserordentlich schwach besucht. Die "Volksstimme" zählt 12 kleinere und grössere Orte auf, in denen früher Hunderte von Nazianhängern den Darlegungen der Hakenkreuz-Prediger lauschten und in denen jetzt wenige Dutzende und manchmal nur ganz wenige Personen der nationalsozialistischen Versammlungsaufforderung folgen. So waren in einer Ortschaft nur 6 Personen erschienen, die von vier Polizeibeamten "geschützt" wurden.

Vorstehende Beobachtungen werden bestätigt durch den nationalsozialisti-

schen hessischen Landtagsabgeordneten Klostermann, der sich in einer schlecht besuchten Versammlung in Bieber bei Offenbach bitter darüber beklagte, dass seine Versammlungen in Oberhessen in den letzten Wochen miserabel besucht gewesen seien.

SPD. Reichspräsident von Hindenburg spricht am Donnerstag, den 10. März, abends 7.30 Uhr bis 7.45 Uhr über alle deutschen Sender.

SPD. Genf, 8. März (Eig. Drahtb)

Die Generalkommission der Völkerbundsversammlung führte am Dienstag den Endkampf durch um die Entschliessung im chinesisch-japanischen Konflikt. Ausser dem bereits erwähnten englischen Vorschlag liegen dem Ausschuss noch Anträge vor, die wirkliche Entscheidungen fordern. Ihr Text ist noch unbekannt doch gehen die diplomatischen Verhandlungen der Grossmächte darauf aus, diese Vorschläge nicht zur Abstimmung kommen zu lassen.

Der südafrikanische Delegierte brachte die Debatte wieder auf ihre anfängliche Höhe mit der direkten Frage an Japan nach den Gründen, aus denen es seine Differenzen mit China vor Anwendung von Gewalt nicht vor den Völkerbund gebracht habe. Es sei die Pflicht der Vollversammlung, über diese Gründe zu urteilen. Die gut ausgerüsteten japanischen Streitkräfte seien in China eingedrungen und hätten riesige Gebiete besetzt. China habe seine Sache sofort in die Hände des Völkerbundes gelegt. Japan habe das friedliche Verfahren verweigert. Daher sei völlig klar, dass Japan die Vorschriften des von ihm unterschriebenen Paktes nicht eingehalten habe. Südafrika müsse unbedingt darauf bestehen, dass Japan so klar wie möglich der Versammlung die Gründe für den Bruch des Paktes darlege. Es verlange eine energische wirkliche Entscheidung, nicht in Worten sondern in Taten.

Ebenso eindeutig stellte Yen-China fest, der Bruch des Artikels 10 und die offizielle Ablehnung des Friedensverfahrens nach Artikel 12 durch Japan seien Tatsachen, für deren Feststellung die Versammlung keinen Bericht einer Spezialkommission brauche. Sie müsse von sich aus zu Japan sagen, es habe den Pakt gebrochen und müsse zu ihm zurückkehren durch friedliche Regelung des Konflikts. Eine solche Entschliessung entspreche allein den Tatsachen und den Erwartungen der ganzen Welt. Die Debatte habe China gerechtfertigt. Es verlange nochmals im Namen der Gerechtigkeit, dass die Vollversammlung handle.

Gegen diese eindeutigen Feststellungen führte Sato-Japan nur wieder die alten Behauptungen von der chinesischen Gefahr und den friedlichen Absichten Japans ins Feld.

SPD. Die Reichskonferenz des Bundes der Kriegsbeschädigten, die dieser Tage in Nürnberg stattfand, nahm mit einer einstimmig angenommenen Entschliessung u. a. auch zur Reichspräsidentenwahl Stellung.

"Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen", so lautet das Kernstück der Entschliessung, "hält es für seine Pflicht, die Kriegsoffer auf die ungeheuren Gefahren aufmerksam zu machen, die entstehen müssen, wenn es den Feinden der Republik und der Demokratie gelingt, den Staatsbürgern die verfassungsmässigen Rechte zu rauben und das deutsche Volk der Schande einer Diktatur auszuliefern. Die Kriegsoffer Deutschlands, in deren Namen zu sprechen der Reichsbund als stärkste Organisation das Recht hat, weist mit aller Entschiedenheit die unerhörte Anmassung des na-

tionalsozialistischen Präsidentschaftskandidaten zurück, sich für seine Freiheit und Frieden zerstörenden politischen Gewaltpläne auf die Toten des Weltkrieges zu berufen, für deren Hinterbliebene seine Partei noch nicht die kleinste praktische Leistung vollbracht hat."

Ohne die politische Freiheit - so heisst es in der Entschliessung weiter sei kein Wiederaufstieg aus dem sozialen Tiefstand möglich, auf den die Kriegsoffer durch Wirtschaftskrise, Vertrauensverfall und Störung der parlamentarischen Gesetzgebungsarbeit herabgedrückt worden seien. Für sie sei der Inbegriff der politischen Rechte und Freiheiten die Verfassung von Weimar. Die Kriegsoffer dankten dem Reichspräsidenten Hindenburg, dass er ein vorbildliches Beispiel von Verfassungstreue und Eidspflicht gegeben habe. In der Ueberzeugung, dass die Entscheidung nur zwischen Hindenburg und Hitler, zwischen Republik und Faschismus falle, gelte am 13. März die Parole:

"Alle Kriegsoffer Deutschlands wählen Hindenburg!"

Ueber die Sozialpolitik und die Versorgung der Kriegsoffer sprach der zweite Bundesvorsitzende Noa. Er betonte, die Rentenminderung allein bei den Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen habe in den letzten drei Jahren eine Minderung der Kaufkraft um etwa 600 Millionen Mark hervorgerufen. Wäre heute ein vollarbeitsfähiges Parlament vorhanden, dann hätte nie den Kriegsoffern so bitteres Unrecht angetan werden können. Besonders scharf wandte sich Noa gegen die Anrechnung der Renten auf die Arbeitslosen-, Knappschafts-, Unfall-, Angestellten- und Krankenversicherung, wodurch der Rechtsanspruch auf die Versicherungsleistung trotz jahrelanger Beitragszahlung zum Teil beeinträchtigt worden sei. Der Reichsbund fordere schleunigste Wiederherstellung des alten Rechts. Die Notverordnungen seien für die Kriegsoffer auf die Dauer unerträglich.

Die Forderungen Noas, die in der Aussprache zum Teil kräftig unterstrichen wurden, fanden in einer einstimmig angenommenen Entschliessung die Zustimmung der Reichskonferenz.

SPD. Helsingfors, 8. März (Eig. Drahtb.)

Der Lappo-Putsch, der bereits am Sonntag zusammengebrochen war, ist nunmehr endgültig liquidiert. Die Putschistenführer befinden sich in Haft und werden wahrscheinlich von einem Sondergericht abgeurteilt werden. Die Regierung ist wieder vollkommen Herr der Lage.

SPD. Die mecklenburgische Regierung hat den Termin der Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin auf den 5. Juni festgesetzt.

SPD. Köln, 8. März (Eig. Drahtb.)

In Brenig im Vorgebirge bei Köln stürmten die Nazis eine Versammlung, in der ein katholischer Pfarrer einen Vortrag über Konnersreuth hielt. Landjäger sorgten mit Revolvern dafür, dass es nicht zu Exzessen und Schiessereien kam. In ihrer Wut haben die Nazis dann sämtliche Fensterscheiben der Wirtschaft eingeworfen und auch sonst grossen Schaden angerichtet.

In Köln wurden in der Nacht zum Dienstag wieder einmal Schaufensterscheiben der "Rheinischen Zeitung" eingeworfen. Die Täter sind zweifellos Nazis.

SPD. London, 8. März (Eig. Drahtb.)

Die Regierung hat zum zweitenmal bei einer Abstimmung über das Städte-Planungsgesetz im Unterhaus eine Niederlage erlitten. Der paradoxe Zwischenfall einer Niederlage der Regierung mit der Rekordmajorität ist an sich politisch unbedeutend. Er verdient aber verzeichnet zu werden, weil das Städte-Planungsgesetz das einzige Gesetzeswerk der nationalen Regierung ist, das abseits von der Parteipolitik eine planwirtschaftliche Bedeutung hat. Selbst in dieser bescheidenen Massnahme machen die konservativen Anhänger der Regierung Schwierigkeiten.

SPD. Trier, 8. März (Eig. Drahtb.)

In Gers bei Gerolstein starb die 64 Jahre alte unverheiratete Anna Moers. Es wurde festgestellt, dass sie von ihren Geschwistern und dem Schwager seit 19 Jahren in einem engen über dem Tanzsaal liegenden verschlossenen Raum eingesperrt gehalten worden war. Die Leiche der Frau befand sich in einem ekel-erregenden Zustand. Der Körper war bis zum Skelett abgemagert. Er wog nur noch 44 Pfund. Gegen die Geschwister ist ein Strafverfahren eingeleitet worden.

SPD. London, 8. März (Eig. Drahtb.)

In der Textilindustrie von Lancashire wurde nach dreijährigen, von Arbeitskämpfen unterbrochenen Verhandlungen eine grundsätzliche Einigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern über die Frage erzielt, wie viele Webstühle ein Baumwollweber bedienen darf. Einzelheiten müssen noch festgesetzt werden. Die Einigung bedarf der Ratifizierung durch die zuständigen Körperschaften. Wird sie durchgeführt, so bedeutet sie die wichtigste Änderung in der Arbeitsverfassung der englischen Textilindustrie seit langer Zeit. Sie bedeutet ferner, dass Tausende von Webern infolge des technischen Fortschritts die bereits grosse Zahl der Arbeitslosen in der Textilindustrie weiter vermehren werden.

SPD. Der Reichspräsident besprach anlässlich des Wahlkampfes zur Reichspräsidenschaft u. a. auch eine Schallplatte. In Erweiterung seiner Erklärung vom 15. Februar, in der er die Kandidatur annahm, führt v. Hindenburg auf der Platte aus :

"Alte Soldatenpflicht verlangt von mir in unserer schweren Zeit, auf meinem Posten zu verharren, um das Vaterland vor Erschütterungen zu bewahren. Nur auf der Grundlage vollster Unparteilichkeit und Unabhängigkeit habe ich die Kandidatur übernommen. Ich habe es abgelehnt, irgendwelche Bindungen nach der einen oder nach der anderen Seite einzugehen. Ich will wie bisner auch im Falle meiner Wiederwahl der Treuhänder des ganzen deutschen Volkes sein und nicht der Beauftragte einer Partei oder einer Parteiengruppe. Nur Gott, dem Vaterlande und meinem Gewissen will ich verantwortlich sein. So habe ich es bis jetzt gehalten, und so werde ich auch weiter handeln. Die deutsche Würde und Ehre zu wahren und gegen Angriffe zu schützen, wird stets meine vornehmste Aufgabe sein. Für mich gibt es nur ein wahrhaft nationales Ziel! Zusammenschluss des Volkes in seinem Existenzkampf, volle Hingabe jedes einzelnen in dem harten Ringen um die Erhaltung der Nation. Dazu ver helfe uns Gott!"

SPD. London, 8.März (Eig.Drahtb.)

Die sensationelle Steigerung des Pfundkurses, der am Dienstag seinen Geldwert in Dollars von 3,53 auf 3,70 hob, ist in erster Linie spekulativ und auf die allgemein verbreitete Erwartung einer weiteren Steigerung zurückzuführen. Die amtlichen Stellen gaben am Dienstag die bisherige Politik auf, durch Pfundankäufe eine zu starke Steigerung des Kurses zu verhindern und überliessen die Kursentwicklung sich selbst. Die Londoner Banken werden überschüttet mit Einlageangeboten aus Frankreich und Amerika, sie sind aber wenig geneigt, ihre ausländischen Gläubiger zu vermehren und sich dadurch wieder der Gefahr plötzlicher Zurückziehungen auszusetzen. Auch in Handelskreisen ist man über die starke Erhöhung des Pfundkurses wegen der Erschwerung, die sie für den englischen Export bedeutet, nicht erfreut.

SPD. Auf Grund einer Verordnung, die zurzeit dem Reichskabinett zur Beratung vorliegt, wird die Reichsbiersteuer um M 3.-- und die Gemeindebiersteuer um 40 % gesenkt werden, sodass die Gemeindesteuer dort, wo sie bisher M 10.-- beträgt, um M 4.-- gesenkt wird. Der Hektoliterpreis soll so weit herabgesetzt werden, dass eine Verbilligung um 5 Pfg. für das Glas herauskommt. Der Ausfall der Gemeinden an der Gemeindebiersteuer, der auf 28 Millionen Mark geschätzt wird, soll vom Reich getragen werden.

SPD. Paris, 8.März (Eig.Drahtb.)

Auf der Zahnradbahn, die Monte Carlo mit dem 300 Meter höher gelegenen Ort La Turbie verbindet, ereignete sich am Dienstag-Vormittag ein schweres Unglück, dem zwei Personen zum Opfer fielen. Ein aus Lokomotive und einem Wagen bestehender Zug blieb 150 Meter von der Talstation entfernt stehen. Plötzlich löste sich die Lokomotive vom Wagen und sauste in die Tiefe. Sie blieb völlig zertrümmert auf einer Strasse liegen. Der Wagen entgleiste, wurde aber durch einen Prellbock aufgehalten. Der Lokomotivführer und ein Fahrgast wurden getötet, der Heizer und zwei Fahrgäste wurden schwer verletzt.

Anm.f.d.Red.: Mit gleicher Post übermitteln wir den Redaktionen als Beweis für die Echtheit der Briefe von Hitlers Stabschef einen faksimilisierte Brief Röhm's an einen seiner Berliner "Freunde".

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Der verprellte General.

SDD. Ehe die Clique Frick-Goebbels und Strasser ihren Herrn und Meister Hitler in die Präsidentschaftskandidatur hineingeschoben hatte, um nach der Niederlage die Parteirevolution gegen ihn machen zu können, wurde der Hakenkreuzgeneral von Epp mit an erster Stelle genannt, wenn über die Person des nationalsozialistischen Präsidentschaftskandidaten geredet wurde. Herr von Epp scheint selbst im geheimen sich bereits als Kandidaten, wenn nicht gar als Reichspräsidenten gesehen zu haben. Jetzt ist er bitter enttäuscht und schwer verprellt. Er hält zwar Wahlversammlungen für Hitler ab, aber wie er redet, das spricht Bände!

So sprach er in Augsburg: "Die allgemeine Wehrpflicht können wir nicht einführen, da wir vom Willen unserer Gegner abhängig sind und von unserem eigenen finanziellen Können." Herr von Epp war von Hitler als Beobachter zur Abrüstungskonferenz nach Genf geschickt worden. Auch dies entsprang den Wünschen der Frick & Co., die ihn aus dem Wege haben wollten. Es scheint aber, dass Herr von Epp aus Genf weniger hakenkreuzblind als zuvor zurückgekehrt ist. Die in der Augsburger Hitlerversammlung anwesenden SA-Leute waren über den realpolitischen Satz des Herrn General schwer verstimmt. Glauben sie doch, dass sie nach der Wahl Hitlers alle Unteroffiziere in dem neuen stehenden Heere Deutschlands werden würden!

Aber Herr von Epp scheint in seiner Mauserung zur Realpolitik noch weiter gegangen zu sein, denn über die Kandidatur Adolf sprach er den klassischen Satz:

"Wer bei der Reichspräsidentenwahl siegt, ist letzten Endes gleich, auf jeden Fall ist sie ein Schritt nach vorwärts."

Also nicht einmal mehr bis zu der Wahlparole: Hitler muss siegen, hat sich der Herr General aufgeschwungen, es ist ihm egal, ob Hitler durchfällt. Es scheint, dass die Nationalsozialisten an diesem General wenig Freude mehr erleben werden!

Feder-Weisheit.

Herr Gottfried Feder, Hitlers grosser Wirtschaftstheoretiker, hält wirtschaftspolitische Wahlreden für Hitler. In einer solchen Wahlrede in Potsdam wollte er nachweisen, wieviel billiger der Staat unter Wilhelm gewesen sei. So behauptete er, dass die Gesamtausgaben für unsere auswärtige Vertretung heute 660 Millionen betragen, im Jahre 1913 dagegen nur 106 Millionen. Die militärischen Ausgaben hätten 1913 70 Mill. Mark betragen, heute dagegen 2 Milliarden 500 Millionen und das bei dem pazifistischen System! Französische Chauvinisten werden sich mit Gier auf das Geschwätz Feders stürzen. Denn wenn seine Behauptungen richtig wären, würde Deutschland rund 2 Milliarden im geheimen für geheime Rüstungen ausgeben. In Wahrheit ist das Geschwätz Feders vollständig aus der Luft gegriffen. Was den auswärtigen Dienst anbelangt, so beträgt der Gesamthaushalt des Auswärtigen Amtes heute 55 Millionen und nicht 660, wie Herr Feder behauptet, und im Jahre 1913 betrug er 21 Millionen und nicht 106. Die Ausgaben für Reichswehr und Reichsmarine betragen für 1931 690 Millionen und nicht 2500 Millionen, wie Herr Feder zusammenschwätzt, im Jahre 1914 aber betragen sie 1 Milliarde 675 Millionen, während Herr Feder sie für 1913 nur auf 70 Millionen angegeben hat!

Das Geschwätz des Herrn Feder verrät eine schauerliche Unwissenheit, zugleich aber auch eine nicht minder schauerliche Gewissenlosigkeit. Wenn dieser Mann über wirtschaftliche Dinge redet, kann nur Blödsinn zustande kommen. Wir möchten nur wissen, ob Herr Feder jemals auch nur einen Blick in einen Reichs-etat geworfen hat?

Adolf Räteritter.

Einst haben die Nationalsozialisten auf Versammlungsplakaten den "Fememörder Heines" angekündigt. Dessen Ruhm wurde abgelöst von dem des "Tscheke-Führers Neumann". Dann kamen die Nationalsozialisten auf einen Mann, den sie als "Inhaber des Lenin-Kreuzes" anzeigten, und jetzt haben sie es glücklich noch weiter gebracht. In München laden sie zu einer Versammlung ein, für die sie als Redner den "Rätekriegsminister Reichart" ankündigten. Einen richtiggehenden Räte mann aus der bayerischen Räterevolution von 1919! Dieser Reichart der neueste Propagandist für Hitler deklamierte im Jahre 1919: "Wir müssen die Bourgeoisie abschlachten, selbst auf die Gefahr, dass wir bis über die Knie im Blute waten müssen." Dies Wort kommt uns aus der letzten Zeit so bekannt vor und in der Tat, es war Herr Gregor Strasser, der vor kurzem versichert hat, dass er den Marxismus ausrotten wolle, und wenn er bis über die Knöchel im Blute waten müsse." Das hat er also von Herrn Reichart gelernt. Er kann sogar noch mehr von ihm lernen, denn der wollte nicht nur bis über die Knöchel, sondern gleich bis über die Knie im Blut waten!

Prügel für Hindenburg

In einer deutschnationalen Versammlung in Chemnitz erlaubten sich zwei Jungdeutsche Heil Hindenburg! zu rufen. Die Folge war, dass eine Horde von Stahlhelmer über die beiden Jungdeutschen herfiel und sie blutig schlug. Wir hatten geglaubt, dass Hindenburg noch Ehrenpräsident des Stahlhelm sei! Die beiden Jungdeutschen haben also Prügel bezogen von Stahlhelmen, weil sie den Ehrenpräsidenten der Stahlhelmer hochleben liessen!

Wie's gerade trifft.

Vor kurzem haben Deutschnationale und Nazis gemeinsam die Lügennachricht in die Welt gesetzt, dass der Oberst Hindenburg, der Sohn des Reichspräsidenten, Sozialdemokrat sei. Das wurde dementiert. Also versucht man es nun mit der anderen Tour. So behauptet das deutschnationale "Salzwedeler Wochenblatt" Hindenburg-Sohn sei mit seinem Vater zerfallen, weil der Sohn viel weiter rechts stehe als der Vater. Mal so mal so, wie's gerade trifft.

Hitler und der Askari.

In einer Stahlhelmversammlung in der Nähe von Altmark sprach ein Stahlhelmedner über Adolf Hitlers Kriegsdienst:

"Wir Stahlhelmer können Hitler nicht wählen. Das kann uns keiner verdenken, weil Hitler ein Österreicher ist und erst jetzt zu uns herüber gewechselt ist. Wenn er auch das E.K.I trägt und vier Jahre für uns gekämpft hat. Das hat jeder schwarze Askari unter Lettow-Vorbeck in Ostafrika auch getan. Sollten wir nicht in Deutschland einen echten deutschen Mann finden, der der höchsten Würde des Reiches wert ist?" Das ist gut gebrüllt von einem ehemaligen Harzburger. Die in dieser Versammlung anwesenden Nationalsozialisten sollen übrigens nicht gewagt haben, gegen den Vergleich Hitlers mit den schwarzen Askari in Ostafrika zu mucken!

Aus aller Welt

Im Reichswahlbüro.

Stube vor dem Sturm - "Ein Kinderspiel gegen die Reichstagswahl".

SPD. Ein Büro, das alle paar Jahre nur sieben Stunden arbeitet - so eine Kuriosität ist das Reichswahlbüro, das seinen Sitz im Berliner Statistischen Reichsamt hat. Natürlich gibt es hier kein Heer von Angestellten, das nur auf den grossen Moment einer Wahl wartet, und das die andere Zeit untätig verbringt; ein paar Herren des Statistischen Reichsamts werden am 13. März nachmittags 5 Uhr unter ihrem Chef, Professor Wagemann, zusammentreten, jeder ein Blatt Papier und einen Bleistift nehmen und die telefonisch oder telegraphisch aus ganz Deutschland eintreffenden Zahlen addieren.

"Die Hauptarbeit dauert nur sieben Stunden", erzählt Herr Dohrmann, die rechte Hand des Reichswahlleiters. "Um 12 Uhr nachts wird das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl, wenn auch nicht auf die einzelne Stimme genau, festsetzen und an Presse und Rundfunk weitergegeben werden. Die nächsten Tage nach der Wahl werden wir dann benützen, um die endgültige Stimmenzahl der einzelnen Kandidaten festzustellen. Dies ist besonders deshalb schwierig, weil eine ausserordentlich grosse Zahl von Wählern sich ein besonderes Vergnügen daraus macht, ihre Stimmzettel mit allem möglichen Zeug zu bekritzeln, statt ein einfaches Kreuz neben den Namen des zu wählenden Kandidaten zu machen. Am 14. September 1930 machten 268 000 Wähler ihre Stimmzettel auf diese Art ungültig, indem sie ihre politische Begeisterung oder private Wut auf dem Stimmzettel ausliessen: durch ausführliche fromme Wünsche für ihren Kandidaten, sorgfältig an den Rand des Zettels geschrieben, oder aber durch saftige Kernworte, satirische Verse, kleine weltanschauliche Aufsätze, Karikaturen, beigelegte Zeitungsausschnitte.. Alle diese Stimmen entsprechen nicht den gesetzlichen Vorschriften und sind natürlich ungültig; und sie sind es auch, die uns hinterher die meiste Arbeit machen.

Dazu kommen noch die Splitterstimmen. Eine ganze Reihe von Wählern schreiben die verschiedensten Kandidaten, die garnicht in den Wahlvorschlägen nominirt sind, auf den Zettel. Diese Stimmen sind übrigens durchaus gültig. Es ist garnicht unbedingt nötig, dass ein Wahlvorschlag vorher eingereicht wird; nur die Wahl wird dadurch erleichtert, da die Stimmzettel dann den Vordruck erhalten können und der Wähler, nicht den Namen seines Kandidaten mit der Hand zu schreiben braucht. Sollte der - natürlich nur in der Theorie mögliche - Fall eintreten, dass irgendein Herr Maier oder Müller, dessen Wahlvorschlag nicht eingereicht wurde, von der Mehrzahl der Stimmen gewählt wird - so ist er Reichspräsident! Bei der letzten Reichspräsidentenwahl war es besonders der Prinz Max von Baden, der in Süddeutschland eine ganze Summe von Stimmen als "Aussenseiter" erhielt. Die übrigen zersplitterten Stimmen galten allen möglichen und unmöglichen Leuten und nicht wenige Wähler "ernannten" sich selbst zum Reichspräsidenten! Allerdings blieben solche Kandidaturen meist nur "ein"-stimmig..

Gegenüber einer Reichstagswahl ist die Reichspräsidentenwahl ein Kinderspiel. Dort gibt es Dutzende von Parteien und viele Hunderte von Kandidaten, hier nur fünf Vorschläge, deren Sortierung recht einfach ist.

Die Organisation der Wahl geht keineswegs von diesem Büro aus. Sie ist völlig dezentralisiert. Es gibt 35 Wahlkreise und 68 000 Stimmbezirke. Die Regierungen der Länder sorgen für die Stimmzettel, die Gemeinden für Wahlräume und Wahlkabinen. Das Reichswahlbüro selbst hat mit all diesen Vorbereitungen

nicht das Geringste zu tun. Seine einzige Aufgabe vor der Wahl ist die Entgegennahme der Wahlvorschläge, ihre Nachprüfung und Veröffentlichung, damit sie in der richtigen Form als Ausdruck der Stimmzettel erscheinen."

Das Amt des Reichswahlleiters ist wohl einer der wichtigsten Vertrauensposten des Staates. Man hat ihn daher vom Reichsinnenministerium, dem die Wahlressortnässig unterstehen, abgetrennt, um ihn nicht der wechselnden politischen Atmosphäre eines Ministeriums auszusetzen; man besetzte auch das Amt des Reichswahlleiters mit einem Mann, dessen Bedeutung nicht auf politischer, sondern wissenschaftlicher Ebene liegt, und dessen Hauptberuf der Umgang mit nüchternem, eindeutigen Zahlenmaterial ist: Professor Wagemann hält die Waage des 13. März.

+ + +
"Kultureller" Einbruch. Aus dem Ethnographischen Institut der Universität Göttingen wurde bei einem Einbruch ein aussergewöhnlich schöner Königsmantel aus Hawaii und ein dazu gehöriger Federhelm entwendet. Der Wert der gestohlenen Gegenstände geht in die Millionen. Der aus dem Anfang des 18. Jahrhunderts stammende Königsmantel, der von den Eingeborenen aus Federn längst ausgestorbener Papageienarten mit der Hand geknüpft worden war, wurde in einem Wandschrank aufbewahrt; der Helm lag in einer Glasvitrine. Als Täter kommt ein sechsunzwanzigjähriger Student namens Arthur Schleba in Frage. Schleba, der stark verschuldet war, studierte seit einigen Monaten an der Göttinger Universität Völkerkunde und ist seit Entdeckung des Diebstahls am Dienstag morgen verschwunden. In seinem Zimmer fand man eine Skizze des Raums, aus dem die kostbaren Gegenstände entwendet wurden, ferner ein blutiges Handtuch. Der Handtuchfund ist um so belastender, als auch an der Einbruchsstelle Blutspuren entdeckt worden sind: offenbar hat sich der Täter beim Einschlagen der Fensterscheibe erheblich verletzt. Ein genaues Signalement Schlebas ist durch Funk an alle europäischen Polizeistationen gegeben worden.

+ + +
Noch immer Lindbergh-Panik. Die Suche nach dem geraubten Kind des amerikanischen Fliegeroberst Lindbergh führte noch zu keinem Ergebnis. Man rechnet jetzt auch mit der bereits unmittelbar nach Ausübung des Verbrechens erwogenen Möglichkeit, dass nicht ein Erpressungsversuch, sondern irgeleiteter Muttertrieb das Motiv der Tat bildet. Im übrigen wird der Polizei in der gesamten amerikanischen Presse katastrophales Versagen vorgeworfen: Amerika sei den Verbrechern vollständig ausgeliefert. Die Polizei macht ihrerseits geltend, dass die Suchaktion bisher keinen Erfolg gehabt hätte, weil die Räuber durch Presse und Rundfunk völlig eingeschüchtert worden wären. Ein Wort gibt das andere - nur über ihre Tätigkeit in Sachen Lindbergh gibt die Polizei neuerdings überhaupt keine Auskunft mehr.

+ + +
Politischer Mörder? Unter dem Verdacht der Ermordung des nationalsozialistischen Telegraphensekretärs Otto Ludwig aus Berlin-Moabit wurde der 31-jährige Hugo Schwarz, früheres Mitglied des Rotfrontkämpfer-Bundes in Berlin ermittelt und verhaftet.

+ + +
Züge in Brand. Auf der Strecke Bukarest-Konstanza stiessen am Dienstag morgen in der Nähe der Station Fetesti zwei Petroleumzüge zusammen und gerieten in Brand. Bis Dienstag abend konnte das Feuer nicht gelöscht werden. Der grösste Teil des Zugpersonals scheint in den Flammen umgekommen zu sein. Bis Dienstag-Abend wurden sieben verkohlte Leichen geborgen. Angeblich ist das Unglück durch die Trunkenheit eines Zugführers hervorgerufen worden.

+ + +
Elf Frauenmorde! Der in Linz verhaftete Massenmörder Franz Leitgeb hat im Verlauf des polizeilichen Verhörs weitere Mordtaten zugegeben. Sein Geständnis erstreckt sich jetzt bereits auf elf Lustmorde an Frauen.

Wirtschaft Technik Handel

Korrupter Stickstoff.

Die Schiebereien des Fürsten Pless.

SPD. Schweidnitz, 8. März (Eig. Ber.)

Vor dem Landgericht Schweidnitz wurde jetzt die Gründungsgeschichte der vor einiger Zeit zusammengebrochenen Stickstoffwerke in Waldenburg, der sogenannten Stiwag, aufgerollt. Dabei sind Schiebereien bekannt geworden, die sich an den Namen des Fürsten Pless, des Freundes des ehemaligen Kaisers und Standesgenossen jener Clique von Uradligen, Herzögen und Grossgrundbesitzern knüpfen, die heute die Reihen der nationalsozialistischen Partei füllen und durch Hitler hoffen, wieder an die Macht zu kommen.

Man muss schon sagen, dass die in Schweidnitz aufgedeckten Dinge ein neues Glied in der Skandalkette sind, die durch die Namen Favag, Nordwolle, Schultheiss usw. charakterisiert wird. An sich war die Gründung der Stiwag eine überflüssige Angelegenheit. Wir können in Deutschland in abgeschriebenen Werken mehr Stickstoff produzieren, als wir gebrauchen und exportieren können. Trotzdem gründete man. Wenn schon etwas für diese Gründung sprach, dann die Tatsache dem Waldenburger Kohlenrevier, dem es sicherlich nicht gut geht, neue Arbeitsmöglichkeiten zu verschaffen. Dieser soziale Gedanke ist aber von dem Pless'schen Klüngel derart verbogen worden, dass man die Gründung benutzte, um in die eigene Tasche zu verdienen. Der Fürst von Pless, der vor etlichen Jahren im Interesse seiner in Polen gelegenen Besitzungen die deutsche Staatsangehörigkeit aufgab, um an Steuern zu sparen, wurde bei der Gründung der Stickstoffwerke A.G. Waldenburg Haupt- und einflussreichster Aktionär. Wenn das Werk schon innerhalb eines Jahres zusammenbrach, dann sind sicherlich die Schiebungen des Fürsten Pless dafür verantwortlich zu machen. Der Vertreter des Konkursverwalters in Schweidnitz, der Aktienrechtspezialist Dr. Heilbrunn aus Frankfurt/Main, erklärte, "dass diese Schiebungen in der Geschichte des deutschen Aktienwesens beispiellos dastehen."

Der Fürst von Pless hat sich, wie die Gerichtsverhandlung ergab, in vierfacher Hinsicht riesenhafte Vorteile zu verschaffen verstanden. 1.) Von den 2 Millionen Mark, insgesamt 25 Prozent des Aktienkapitals der Stiwag, die der Fürst von Pless zeichnete, sind nur 500 000 Mark eingezahlt worden. Trotzdem aber hatte der Fürst Aktien über den Betrag von 2 Millionen Mark in Händen. Dieser Schwindel wurde möglich durch die Gründung zahlreicher ineinander verschachtelter Tochtergesellschaften, durch geschickte buchmässige Uebertragungen und finanztechnische Manipulationen, deren fast unentwirrbares Durcheinander auch jetzt nur schwer zu überprüfen ist. 2.) Dem Fürsten von Pless wird zum Vorwurf gemacht, dass mit seinem Wissen und unter seiner Verantwortung bei einem nominellen Aktienkapital von 8 Millionen, aber nur einem tatsächlichen von 2 Millionen Mark (mehr waren in Wirklichkeit nicht eingezahlt) die Stickstoffwerke A.G. ein Bauvorhaben im Werte von 23 Millionen Mark in Angriff nahmen. Allein schon diese irrsinnige Belastung musste das junge Unternehmen von vornherein in den sicheren Ruin treiben. 3.) Der Fürst von Pless hat sich für Grundstücke, die im Höchstfall einen Wert von 30 000 Mark besaßen, von der Stickstoffwerke A.G. insgesamt 780 000 Mark gutschreiben lassen. Davon wurden ihm 245 000 Mark sogar bar ausgezahlt. 4.) Die 2 Millionen Mark Aktienkapitals der Stickstoffwerke A.G. waren nur zum Termin der gerichtlichen Eintragung

bei der Bayerischen Vereinsbank in Nürnberg eingezahlt. Schon am nächsten Tage gab die genannte Bank, über deren Verluste ja seinerzeit die deutsche Presse berichtete, diesen Betrag dem Fürsten von Pless als Darlehen. Der Hauptaktionär der neuen Gesellschaft liess sich also fast den gesamten, von anderer Seite eingezahlten Kapitalbetrag des Unternehmens als Privatkredit zur Verfügung stellen. Und das am Tage unmittelbar nach der gerichtlichen Eintragung.

Ausser der Klage des Konkursverwalters beschäftigte sich das Gericht in der gleichen Verhandlung mit einer Klage mehrerer führender deutscher Industriefirmen, wie der Kruppwerke, der Borsig A.G. u.a.m., die zu den Bauten der Werke herangezogen worden waren, gegen den Fürsten von Pless, gegen seinen Sohn, den Prinzen Hans von Pless, und den Generalbevollmächtigten des Pless'schen Hauses. Bei dieser Klage drehte es sich um die Frage, von wem die erwähnten Grossfirmen die Bauaufträge erhalten haben, die nicht bezahlt worden sind. Die Firmen behaupten, sie seien ihnen unmittelbar von der fürstlich Pless'schen Verwaltung erteilt worden; sie waren bei der Auftragsentgegennahme jedenfalls der Meinung, dass es sich um Bestellungen des Fürsten von Pless handle. Von der Pless'schen Verwaltung wird jedoch die Berechtigung dieser Auffassung der Grossfirmen in Frage gestellt. Auftraggeberin sei die Ammonium A.G. gewesen, eine schweizerische Tochtergesellschaft der Stiweg, von der der Vertreter des Klägers vor Gericht feststellte, dass der Fürst von Pless sie lediglich zu dem Zwecke gegründet habe, um sich vor lästigen Steuerzahlungen zu drücken. Der Fürst von Pless, so erklärte der Vertreter der Kläger in diesem Zusammenhang weiter, habe es daher überhaupt nur der Anständigkeit der gesamten Gläubiger zu verdanken, dass seine dunklen Machenschaften nicht dem Staatsanwalt zur Klärung übergeben worden seien.

Im Urteilspruch des Gerichtes wurde ein Teil der 4¼ Millionen Mark ausmachenden Ansprüche des Konkursverwalters der Stickstoffwerke A.G. anerkannt. Die Forderungen der Grossfirmen, die sich auf 10 Millionen Mark belaufen, wurden vom Gericht zurückgewiesen und zwar mit der interessanten Begründung, dass die Bauaufträge tatsächlich von der Ammonium A.G. erteilt worden seien. Diese aber könne nicht durch ein deutsches Gericht haftbar gemacht werden, da sie unter schweizerisches Recht falle.

SPD. Die Akzept- und Garantiebank, die beim Ausbruch der Kreditkrise gegründet wurde, um der Reichsbank bei der Ueberwindung der Zahlungsstockungen durch Uebernahme von Finanzwechseln behilflich zu sein, hat ihre Satzungsbestimmungen geändert und firmiert jetzt als Akzeptbank A.G. Die Bank hat im Laufe der Monate Finanzwechsel in der Höhe von etwa 1,5 Milliarden Mark von Sparkassen und Grossbanken übernommen und an die Reichsbank weitergeleitet. In der letzten Zeit ist aber erfreulicherweise eine rückläufige Bewegung eingetreten. Die Sparkassen und die Dresdener Bank konnten wieder Rückzahlungen in ansehnlicher Höhe leisten. Deshalb hat sich die Direktion der Bank, die, wie jede andere Direktion öffentlicher Kreditinstitute, darauf bedacht ist, ihre Daseinsnotwendigkeit zu beweisen, nach einer neuen Beschäftigung umgesehen. Diesem Zweck dient die Umgruppierung der Bank. Sie will in Zukunft neben der Abwicklung ihrer alten Geschäfte Kreditinstituten oder in Gemeinschaft mit Kreditinstituten Kredite anderer Art gewähren und zwar Kredite zur Finanzierung neuer Aufträge, die mit der Abwicklung der Aufträge wieder zurückfliessen. Man denkt also wohl an kurzfristige Industriekredite, für die heute Banken nur sehr schwer zu haben sind. Dabei wird man wohl bei der Reichsbank eine gewisse Stütze erhalten, versichert aber, dass "keinerlei inflationistischer Missbrauch" getrieben werden soll.

Man wird die Tätigkeit der umgegründeten, aber nach wie vor überwiegend in öffentlichem Besitz befindlichen Bank abwarten müssen. Sollte sie wirklich in der Lage sein, eine Hilfsstellung zur Wiederbelebung der Wirtschaft zu lei-

sten, so wird man das natürlich begrüßen können. In diesem Falle wird man die Befürchtungen der Handelspresse, dass mit der Umgründung der Bank eine überflüssige Konkurrenz für die übrigen Banken geschaffen wird, nicht hoch einzuschätzen haben.

SPD. Der Zentralausschuss der Reichsbank hat am Dienstag die Herabsetzung des Reichsbankdiskonts von 7 auf 6 Prozent und des Lombardsatzes von 8 auf 7 Prozent beschlossen. In der Begründung verwies der Reichsbankpräsident Dr. Luthner darauf, dass sich die Situation der Reichsbank in den letzten Wochen gebessert habe. Die Devisenlage sei freilich weniger befriedigend. Nachdem in den letzten Wochen ein Nachlassen und zeitweiliges Abstoppen der Devisenabflüsse eingetreten sei, bringe die erste Märzwoche neue Abzüge, die zum grössten Teil mit der 10-prozentigen Rückzahlung des 100-Millionendollarkredits, den die Reichsbank im vorigen Sommer aufnehmen musste, zusammenhängen. Wenn sich trotzdem die Reichsbank zu der Diskontsenkung entschloss, dann in Hinsicht darauf, der daniederliegenden Wirtschaft jede mögliche Erleichterung zu gewähren. Die Reichsbank halte eine Diskontsenkung auch schon deshalb für vertretbar, weil durch die grosse Bankenreorganisation der deutsche Kreditapparat wieder auf eine gesündere Grundlage gestellt worden sei, die verbesserte kreditmässige Voraussetzungen für die Hereinnahme geeigneter Wechsel schaffe.

SPD. Der Reichsrat wird sich am Mittwoch mit den Plänen des Reichsfinanzministeriums beschäftigen, die auf eine erhebliche Senkung der Biersteuer hinauslaufen. Das Reichsfinanzministerium hält sich an seine den Verbänden der Gastwirte gegebene Zusage, dass die Biersteuer überall dort, wo sie 22 Mark pro Hektoliter ausmacht, um rund 7 Mark gesenkt werden soll. In anders gelagerten Fällen tritt eine entsprechende Staffelung ein und zwar in der Art, dass die Reichsbiersteuer um 3 Mark nachgelassen wird, während die Gemeindebiersteuer sich um 30 Prozent verringert. Voraussetzung ist dabei jedoch, dass der Preis für die Molle (7/20 Liter) um 5 Pfennige verbilligt wird. Um die Gemeinden für den 40-prozentigen Nachlass zu entschädigen, wird das Reich einen Ausgleichsbetrag von rund 30 Millionen Mark zur Verfügung stellen.

Berliner Viehmarkt.

(8. März.)

SPD. Bei glattem Geschäft zogen auf dem Schweinemarkt, der zu wenig beschickt war, die Preise erheblich an. Den grössten Preisgewinn hatten die Tiere der Klassen d und e, also die Tiere von 120 bis 200 Pfund. Bei ebenfalls glattem Handel konnten auf dem Hammelmarkt die Preise gehalten werden. Preisverbesserung gab es dagegen auf dem Kälbermarkt, wo zu geringe Beschickung vorlag. Auf dem Rindermarkt genügte der Auftrieb.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfd.) --(-), b) (240-300 Pfd.) 42-43 (39-40). c) (200-240 Pfd.) 41-43 (38-39). d) (160-200 Pfd.) 39-41 (35-37), e) (120-160 Pfd.) 35-38 (31-34), Sauen 38-40 (37). Schafe: b) 36-38 (36-38), c) 30-35 (30-35) d) 20-28 (20-28). Kälber: b) 40-47 (38-45), c) 30-40 (28-38), d) 18-28 (18-26). Kühe: a) 24-25 (24-26), b) 19-22 (19-23), c) 16-18 (16-18), d) 12-15 (13-15).

Nazi und Siedlung.

SPD. Im Artikel 17 des nationalsozialistischen Programms werden den Bauern und den Arbeitern allerlei Versprechungen gemacht; es heisst u.a. dort:

"Wir fordern eine unseren Bedürfnissen angepasste Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur Schaffung von Boden für gemeinsame Zwecke usw."

Es war wohl der Propagandaleiter der Nationalsozialisten in Berlin, Dr. Goebbels, der diesen Artikel verschiedentlich dahin auslegte, dass die Nationalsozialisten "den Boden sozialisieren wollen"; denn - Ausführungen Dr. Goebbels in der Agitationsbroschüre "Der Nazis=Sozi" -

"Grund und Boden gehören im Prinzip dem Volke als Gesamtheit".

Eine derartige Auffassung über Grund und Boden hat bei den Grossgrundbesitzern viel böses Blut gemacht. Deshalb trat Adolf Hitler persönlich in Aktion und legte den Artikel 17 des nationalsozialistischen Programms dahin aus:

"Dass der Passus über die unentgeltliche Enteignung nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmässige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, ist wenn nötig, zu enteignen. Gemeint seien nur die jüdischen Grundstücksspekulanten."

Diese Erklärung hat die Grossgrundbesitzer immer noch nicht beruhigt. Sie stellten Hitler immer wieder zur Rede, nun endlich zu sagen, wie es mit dem Grund und Boden im Dritten Reich werden soll. Hitler half sich, indem er - nach dem Bericht der Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung vom 6. November 1930 - erklärte:

"Wenn 20 Millionen Menschen in Deutschland zu viel sein sollten, dann muss eben für diese Raum geschaffen werden."

Um dieselbe Zeit erklärte Hitler nach einem Rundschreiben des Fürsten Tulenburg zu Liebenberg, das Hitler nach einer Besprechung vorgelegt und an ihn als richtig bestätigt worden ist:

"Ich denke nicht daran, ererbten oder sonstwie rechtmässig erworbenen Grundbesitz, soweit er im Dienste der Allgemeinheit Arbeit leistet und produziert, zu zerstören. Ich habe auch nicht die Absicht, in breitem Umfange auf deutschem Boden zu siedeln, weil die zur Verfügung stehenden Flächen für ein 60-Millionenvolk zu beschränkt sind. Es würde dabei nur eine Besitzverschiebung herauskommen, die der Allgemeinheit keinen wesentlichen Nutzen, ja, hinsichtlich der Ernährungsgrundlage sogar Schaden brächte, da grosse Güter mehr produzieren, als parzellierte Güter."

Einmal verspricht man, den Massen Siedlungsland zu geben; des anderen heisst es, an die grossen Güter dürfe nicht gerührt werden. Diese Auffassung von der "Immunität der grossen Güter", deren Unrentabilität sich vielfach ergibt, unterstreicht der nationalsozialistische Grossgrundbesitzer Hermann Schneider in seiner Broschüre "Unser täglich Brot", in der es wie folgt heisst:

"Durch Siedlung darf kein Grossgrundbesitz zerschlagen werden."

Mit der ganzen Angelegenheit haben sich vor kurzem nun der nationalsozialistische Freiherr von Buttler und der nationalsozialistische Agrarsachverständige Walter Darre beschäftigt. Sie geben dem Artikel 17 des nationalsozialistischen Programms dem Sinn nach die Auslegung, dass am Grossgrundbesitz nicht gerührt werden dürfe.

"Nur wenn Misswirtschaft betrieben wird, soll er enteignet werden".

Wörtlich heisst es aber in dieser Auslegung:

"dass überwiegend Kleinbesitz unter diese Rubrik fällt".

Der Widerspruch in den nationalsozialistischen Aeusserungen ist nicht zufällig. Es handelt sich eben um eine Partei, die mit den Grossgrundbesitzern geht und die für die Bauern nichts übrig hat. Man macht dem Bauern wohl Ver-

sprechungen, um, wie ja die Nationalsozialisten immer wieder zugeben, Stimmen auf jeden Fall zu gewinnen. Aber man denkt nicht daran, diese Versprechungen, die man den Bauern gegeben hat, zu erfüllen.

Nationalsozialismus und Landwirtschaft.

SPD. Die Nationalsozialisten lieben es, sich in ihrer Propaganda auf dem Lande als die wahren Freunde der Landwirtschaft anzupreisen. Und doch wollen sie nur auf dem Lande ihr Parteigeschäftchen machen. Der "Völkische Beobachter" schrieb am 28. März 1930 über eine agrarpolitische Tagung der Nationalsozialisten folgendes:

"Wir haben an der Herstellung einer rentablen Landwirtschaft kein Interesse, wenn aus der heutigen Agrarkrise das nationale und soziale Programm unseres Volkes nicht gelöst wird."

Dem theoretischen Phantom einiger Nationalsozialisten, die leider nicht über das nötige Mass von volkswirtschaftlicher Schulung verfügen, um ernst genommen werden zu können, will man also die Landwirtschaft opfern.

Gregor Strasser, der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete aus Bayern, erklärt in den Nationalsozialistischen Führerbriefen im Juli 1929 folgendes:

"Wir treiben Katastrophenpolitik, weil nur die Katastrophe die Bahn frei macht für jenen Neubau, den wir Nationalsozialismus nennen."

Auch hier wieder die Tendenz, die Landwirtschaft dunklen Projekten, von denen auf der Hand liegt, dass sie nicht ausführbar sind, zu opfern.

So sehen die nationalsozialistischen Freunde der Landwirtschaft aus!

SPD. Die Umsatzentwicklung der Berliner Konsumgenossenschaft für den Monat Februar 1932 berechtigt, nach Auffassung der Verwaltung des Berliner Konsumvereins, zu der Annahme, "dass im allgemeinen Wirtschaftsniedergang ein Ruhepunkt eingetreten ist". Wohl bleibt der Februarumsatz hinter dem Umsatz des Vormonats um rund 149 000 Mark = 3,7 Prozent zurück. Der Monat Februar aber zählte weniger Verkaufstage als der Monat Januar. Wenn man das berücksichtigt, so ergibt sich eine leichte Umsatzsteigerung. Der Februarumsatz stellt sich auf rund 3,872 Millionen Mark.

Für die zurückliegenden acht Monate des laufenden Geschäftsjahres (Juli 1931 bis Februar 1932) ergibt sich ein Umsatz von 41,679 Millionen Mark. Der Mitgliederzugang hat auch im Februar angehalten. In der konsumgenossenschaftlichen Sparkasse wurden 1 837 Sparbücher neu ausgestellt. Bei rund 33,698 Millionen Mark Einlagen belief sich der Spareinlagenzugang auf rund 550 000 Mark.

SPD. Die Reichsregierung hat am Dienstag die Verordnung über die Einführung eines Obertarifs veröffentlicht und zugleich die neuen Kampfzölle bekannt gegeben. Für fast alle Waren mit Ausnahme nur ganz weniger Rohstoffe

sind vollständig unübersteigbare Zollsätze im Obertarif festgelegt worden, die gegenüber solchen Ländern Anwendung finden, die mit Deutschland in keinem handelsvertraglichen Verhältnis stehen oder die die deutschen Waren ungünstiger behandeln als die Waren anderer Einfuhrländer. Bisher ist noch für kein Land dieser Obertarif in Kraft gesetzt worden; diese eventuelle Massnahme ist einer besonderen Verordnung vorbehalten. Um etwaigen Umgehungsversuchen vorzubeugen, ist in der Verordnung eine wesentliche schärfere Kontrolle der Herkunft der Waren festgelegt.

Die Oberspalte enthält ganz einzigartig hohe Zölle, die fast durchweg als prohibitiv anzusehen sind und die den Kampfcharakter dieses neuen Maximaltarifs kennzeichnen. Im allgemeinen ist dieser 2 bis 3 Mal so hoch als der bisherige allgemeine Tarif. Es finden sich aber auch zahlreiche Fälle einer noch viel stärkeren Vervielfachung. So sind z.B. die Südfruchtzölle vervierfacht, die Holzzölle vervier- bis verachtfacht, die Zölle für Leder und Lederwaren teilweise verzehnfacht u.a.m. Es sind aber nicht blos die Lebensmittelzölle und die Zölle für industrielle Fertigwaren im Obertarif prohibitiv gestaltet, sondern der Obertarif enthält auch Prohibitivzölle für die meisten industriellen Rohstoffe, die bisher zollfrei waren. So ist ein unübersteigbarer Steinkohlentoll von 10 Mark pro Tonne, ein Kupferzoll von 500 Mark pro Tonne und andere prohibitive Rohstoffzölle für den Kampfzustand eingeführt worden. Zum Teil wenden sich die ganzen ungewöhnlich hohen Zölle deutlich an die Adresse derjenigen Länder, mit denen wir zurzeit kein handelsvertragliches Verhältnis haben. Das sind in erster Reihe Polen, Kanada und Australien. Aber auch die handelspolitischen Beziehungen zur Schweiz haben sich sehr zugespitzt.

Es handelt sich bei diesem neuen Tarif um eine ungewöhnliche Massnahme, die nur angesichts des ausgebrochenen internationalen Handelskriegs, aber auch nur als äusserste Abwehrmassnahme, wenn alle Verständigungsversuche scheitern sollten, gebilligt werden kann. Wenn man von dieser Waffe, die ja dazu dienen soll, die deutsche Ausfuhr zu erhalten, vorschnell Gebrauch machen und sie missbrauchen würde, dann wird sie sich sehr rasch gegen die deutsche Wirtschaft wenden und uns ungleich grösseren Schaden zufügen als den bisherigen deutschen Lieferländern. Wir würden in kurzem in eine völlige wirtschaftliche Isolierung getrieben werden. Eine neue Welle steigender Arbeitslosigkeit in den Ausfuhrindustrien wäre die unvermeidliche Folge.

SPD. Die Frankfurter Metallgesellschaft A.G., die als wichtigster Faktor der deutschen Metallpolitik gilt, hat eine Sanierung durchzuführen, die u.a. eine Zusammenlegung des Kapitals im Verhältnis von 5:3 vorsieht. Das verflossene Jahr erbrachte einen Reingewinn von fast 900 000 Mark. Auf der anderen Seite sind aber Sonderabschreibungen in Höhe von über 25,5 Millionen Mark vorzunehmen. Dazu werden aus der ausgewiesenen Reserve rund 15 Millionen Mark benutzt. Im übrigen tritt eine Umrechnung englischer Anleihen ein, die gewisse Buchgewinne auswirft, und weiter die Kapitalzusammenlegung.

SPD. Das Reichsfinanzministerium weist die Einnahmen im ordentlichen Etat für den Monat Januar 1932 mit 772,6 Millionen Mark aus und die Ausgaben mit 773,7 Millionen Mark. Der Fehlbetrag stellt sich damit auf rund eine Million Mark. Im ausserordentlichen Haushalt ist ein Fehlbetrag von 8,9 Millionen Mark festzustellen. Für die ersten zehn Monate des laufenden Etatsjahres stellt sich damit das Defizit auf 220,4 Millionen Mark.

Rossenroggen ausreichend.

(Berliner Getreidebörse vom 8. März.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse zeigte sich am Dienstag bei ruhiger Stimmung keine Unternehmungslust. Das Weizenangebot ist wieder etwas geringer geworden; jedoch legten die Mühlen keine grosse Kauflust an den Tag, da sich das Mehlgeschäft wieder schleppend gestaltet hat. Das kleine Angebot an Inlandsroggen wurde glatt aufgenommen; Russenroggen stand zu unveränderten Preisen in ausreichenden Mengen zur Verfügung. Die Lokonotierung für beide Brotgetreidearten lautete unverändert. Auch am Markte der Zeitgeschäfte wies Roggen nur geringfügige Veränderungen auf, während Weizen 1 bis 1½ Mark für alle Sichten gewinnen konnte. Mehl hatte stilles Geschäft. Die Forderungen war unverändert; die Käufer hielten sich aber allgemein zurück. Fest war die Stimmung am Hafermarkt, wo grössere Käufe beobachtet wurden. Infolgedessen konnten die Promptnotierungen um 2 Mark erhöht werden.

	<u>7. März</u>	<u>8. März</u>
	(ab märkische Station in Mk.)	
Weizen	244 - 246	244 - 246
Roggen	193 - 195	193 - 195
Braugerste	187 - 194	190 - 197
Futter- und Industrieroggen	176 - 181	180 - 185
Hafer	155 - 162	157 - 164
Weizenmehl	31,25 - 34,75	31,25 - 34,75
Roggenmehl	27,00 - 27,90	27,00 - 27,90
Weizenkleie	10,00 - 10,50	10,25 - 10,60
Roggenkleie	9,85 - 10,25	10,00 - 10,30

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 259 plus Geld (Vorlag 258), Mai 267½ (266), Juli 271½ (270½), September 233½ (232), Roggen März 196-195½-196 Geld (196½), Mai 204-203¾ (204), Juli 204 Geld (-), September 192-192½ (192) Hafer März 174½-175½ (172), Mai 181½-181 (179), Juli 185½-184½ Brief (-).

Rauhfutternotierungen.

(8. März.)

Strahlgepresstes Roggenstroh (Quadratballen) Rll	0,95 - 1,15
" " Weizenstroh Rll	0,65 - 0,80
" " Haferstroh Rll	0,65 - 0,80
" " Gerstenstroh Rll	0,65 - 0,80
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt Rll	0,95 - 1,20
Einfadengepresstes Roggenstroh Rll	0,90 - 1,05
" " Weizenstroh Rll	0,75 - 0,90
Häcksel Rll	1,50 - 1,70
Handelsübliches Heu, gesund und trocken Rll	1,20 - 1,40
Gutes Heu, gesund und trocken Rll	1,80 - 2,20
Luzerne, lose Rll	2,40 - 2,70
Thymothee, lose Rll	2,35 - 2,70
Fleehheu, lose Rll	2,30 - 2,60
Strahlgepresstes Heu Rll	0,30 über Notiz

Tendenz stetig.

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Durchbruch!

Zur Arbeitsbeschaffung der Reichsregierung.

SPD. In der Woche vor Ostern tritt in Berlin der Krisenkongress der freien Gewerkschaften zusammen. Seine Aufgabe ist es, im Kampf um die Arbeitsbeschaffung von neuem das Gewissen der Öffentlichkeit wachzurütteln. Wie notwendig das ist, zeigt die Stimmungsmache, die schon jetzt gegen den Krisenkongress vorbereitet wird. Das Leitmotiv dieser Stimmungsmache lautet: der Krisenkongress ist eigentlich überflüssig; denn was in der Frage der Arbeitsbeschaffung geschehen kann, geschieht bereits. Ja, die Arbeitgeberpresse meint sogar, es geschehe bereits des Guten zuviel. Die Banken seien saniert worden, und das sei doch eigentlich schon ein Arbeitserhaltungswerk allergrössten Stils. Wenn das Reich dann neue Ausfallbürgschaften für Lieferungen nach Russland unternehmen sollte, so sei auch das ein neues grosses Stück Arbeitsbeschaffung. Groszügige Kapitalbereitstellung könne im übrigen leicht bei den Gläubigern im Ausland den Argwohn erwecken, es würden Mittel, die später einmal in den Dienst der deutschen Schuldenabtragung gestellt werden können, einem grossen, nicht vertretbaren Risiko ausgesetzt. Jedenfalls könne der Zweck einer behördlichen Arbeitsbeschaffung nicht darin bestehen, einen erheblichen Hundertsatz der Arbeitslosen wieder in Arbeit zu bringen. Eine kleine Nachhilfe allerdings, die zu geeignetem Zeitpunkt einsetze, könne einen gewissen materiellen, vor allem aber einen beträchtlichen psychologischen Nutzen stiften.

Wenn es also nach den Arbeitgebern geht, dann brauchen die Gewerkschaften keinen Krisenkongress abzuhalten. Die Arbeitslosen müssen dann eben sich gedulden und warten. Noch dräut zwar der Winter mit trutzigen Gebärden, aber einmal wird es ja doch wieder Frühling, und wer von den Arbeitslosen nicht warten kann, bis die bereits in Gang befindliche Arbeitsbeschaffung, wie die Arbeitgeber sie auffassen, sich auswirkt - ja, dem bleibt nichts anderes übrig, als einen Strick zu nehmen und sich aufzuhängen in dem Bewusstsein, dass Regierung und Öffentlichkeit ihre Pflicht getan und ein gutes Gewissen haben.

Allem Anschein nach hat aber die Regierung selbst durchaus nicht ein so gutes Gewissen; denn ihr Reichsarbeitsminister hat soeben ein grösseres Arbeitsbeschaffungsprogramm ausgearbeitet. Es besteht in drei Hauptpunkten: Zusätzliche Arbeitsbeschaffung, Ausdehnung des freiwilligen Arbeitsdienstes und Arbeitsstreckung im Kohlenbergbau. Auf diese Weise soll, wenn die Finanzierung von etwa 1,2 Milliarden Mark sich ermöglichen lässt, rund 200 000 Arbeitslosen für die Dauer eines Jahres direkt und 400 000 Arbeitslosen indirekt Arbeit gegeben werden. Für die zusätzliche Arbeitsbeschaffung sollen die Reichsbahn Aufträge in Höhe von 300 Millionen und die Reichspost in Höhe von 100 Millionen Mark begeben. 300 bis 400 Millionen will man für Strassenbau, 200 bis 300 Millionen für Meliorationen, 50 Millionen für Wasserbau und etwa 200 Millionen für die Förderung des Kleinwohnungsbaues aufwenden. Die Arbeitsstreckung im Kohlenbergbau soll durch das Krümpersystem bewerkstelligt werden, d.h. also durch Verteilung der Arbeit auf dem Wege eines zeitweiligen Urlaubs. Den freiwilligen Arbeitsdienst will man erweitern auch auf Jugendliche, die noch keine Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung haben oder nicht versicherungspflichtig oder überhaupt nicht Arbeitnehmer sind wie z.B. Abiturienten und Studenten.

Die Regierung will sofort nach der Präsidentenwahl zu dem Arbeitsbeschaffungsentwurf des Reichsarbeitsministers Stellung nehmen. Der Krisenkongress der Gewerkschaften wird also im richtigen Augenblick stattfinden; denn er muss dafür sorgen, dass nun wenigstens einmal ein Anfang in der Arbeitsbeschaffung gemacht wird, und dass eine wirklich durchgreifende Hilfsaktion zur Entlastung des Arbeitsmarktes durchgeführt wird, d.h. dass ein Durchbruch erfolgt.

Geschieht das nicht, dann wird die Regierung umso mehr in ihren bisherigen Irrtümern verharren und sich von den Arbeitgebern von neuem darin bestärken lassen. Schon jetzt mehren sich z.B. verdächtig die Anzeichen, dass die Arbeitgeber im Frühjahr, wenn die auf Grund der Notverordnung abgeschlossenen Tarife ablaufen, von neuem Lohnsenkungen durchsetzen wollen. Aus der Landwirtschaft wie aus der Industrie kommen neue Lohnabbauforderungen. Hier heisst es rechtzeitig vorbeugen. Auch die von den Arbeitgebern jetzt bereits empfohlene Arbeitsbeschaffung durch Legalisierung der Schwarzarbeit schafft neue Gefahren für die Arbeiterschaft und für die Wirtschaft. Früher hiess es, die Arbeitslosen seien Faulenzer. Jetzt, wo der Arbeitslose in der Verzweiflung sein eigener Arbeitsvermittler wird, d.h. sich um jeden Preis für irgendeine Arbeit anbietet, fordert "Der Arbeitgeber", die Zeitschrift der deutschen Arbeitgeberverbände, die Schwarzarbeit sozusagen zu legalisieren und die entsprechenden Folgerungen für die ganze offizielle Lohn- und Arbeitspolitik zu ziehen. "Der Arbeitgeber" begrüsst es, dass Arbeitswille und Arbeitsgelegenheit sich mit dem "Ergebnis billiger Arbeit und eines elastischen Arbeitsverhältnisses" treffen. Wir verstehen: der Verzweiflungsakt des Arbeitslosen, der durch Schwarzarbeit den Lohn noch tiefer herabdrückt, ist das Ideal des "Arbeitgebers". Die damit verbundene Schmutzkonkurrenz, die vor allem dem Handwerk schwer zu schaffen macht, nimmt "Der Arbeitgeber" gern in Kauf, wenn sich Aussicht bietet, von unten her die Tarifpolitik der Gewerkschaften zu unterhöhlen und zu zerbrechen.

Die Dauerarbeitslosigkeit schafft, wie man sieht, von Tag zu Tag neue Schäden. Die Gewerkschaften können daher sich nicht mit neuen Arbeitsbeschaffungsversprechungen vertrösten lassen. Sie wollen endlich wissen, woran sie sind. Sie wollen klar sehen, was die Regierung von sich aus zu tun bereit ist und was darüber hinaus notwendig und möglich ist. Das Uebel muss bei der Wurze gepackt werden. Solange nicht eine wirklich fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes eingetreten ist, kommen wir in Deutschland weder wirtschaftlich noch politisch in eine Atmosphäre, in der überhaupt erst ein Sanierungswerk auf weite Sicht durchgeführt werden kann. Zunächst muss das Fieber weg, wenn der Kranke sich erholen soll. Das Fieber ist aber nicht zu beseitigen, solange der Eiterherd der Arbeitslosigkeit weiterfrisst. Hier muss zugepackt werden. Ein Allheilmittel gibt es nicht, darüber sind sich die Götter längst einig, und daher soll man das eine tun und das andere nicht lassen, d.h. die Banken sanieren und den Kredit verbilligen und das Regierungsprogramm, soweit es annehmbar ist, durchführen und die Arbeitszeit verkürzen, wo es als Gegengewicht gegen scharfe Rationalisierung zweckmässig und notwendig ist, und auch in Gottes Namen den Freiwilligen Arbeitsdienst ausbauen, wenn dadurch den jugendlichen Arbeitslosen Halt und Stütze gegeben werden kann.

* Die Parole der Gewerkschaften im Kampf um die Arbeitsbeschaffung - wir wiederholen es - lautet: was hilft, ist gut. Nur eine kräftige Hilfe kann helfen. Durchbruch!

SPD. In der badischen Textilindustrie haben die Arbeitgeber den durch den Schiedsspruch vom 18. Januar festgelegten Lohn tarif zum 31. März gekündigt. Sie fordern eine weitere Lohnsenkung um 8 %. Von der Kündigung werden etwa 40 000 Textilarbeiter betroffen.

SPD. Der Schlichter für Westfalen hat die Angestelltenorganisationen der Gruppe Nordwest zu Verhandlungen über ein Kurzarbeitsabkommen zum 15.3. nach Essen eingeladen.

SPD. Der Afa-Bundesvorstand hat seinen Bundesausschuss zu einer ausserordentlichen Tagung einberufen. Sie findet am 22. März in Berlin statt. Ihre Hauptaufgabe ist die Verabschiedung des Wirtschaftsplans der freien Gewerkschaften und die Abwehr der Pläne auf Beseitigung der Arbeitslosenversicherung. Die Berichterstattung über den Wirtschaftsplan erfolgt durch den Bundesvorsitzenden Aufhäuser und den Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung des Afa-Bundes Dr. Suhr. Das Referat über die Arbeitslosenreform wird vom Vorstandsmitglied der Reichsanstalt Fritz Schröder erstattet.

SPD. Die Aufwärtsbewegung der Arbeitslosenzahl ist, wie die Reichsanstalt in ihrem neuen Arbeitsmarktbericht mitteilt, in der zweiten Februarhälfte zum Stillstand gekommen. Ende Februar waren bei den Arbeitsämtern rund 6 128 000 Arbeitslose gemeldet, annähernd ebensoviel wie Mitte Februar.

In der Belastung der Arbeitslosenversicherung ist ein Rückgang um etwa 30 000, in der Krisenfürsorge eine Erhöhung um rund 31 000 Hauptunterstützungsempfänger eingetreten. In beiden Unterstützungseinrichtungen zusammen wurden Ende Februar rund 3 526 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt, wovon rund 1 852 000 auf die Arbeitslosenversicherung und rund 1 674 000 auf die Krisenfürsorge entfielen. Von den Arbeitsämtern anerkannte Wohlfahrtserwerbslose wurden rund 1 833 000 gezählt.

In den einzelnen Bezirken war die Bewegung der Arbeitslosenzahl verschieden: Während die Landesarbeitsämter Ostpreussen, Schlesien, Niedersachsen, Westfalen, Rheinland, Hessen, Sachsen, Bayern und Südwestdeutschland noch eine Zunahme melden, trat in den Bezirken Brandenburg, Pommern, Nordmark und Mitteldeutschland ein Rückgang ein.

Die einzelnen Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt lassen erkennen, dass eine saisonmässige Belegung noch vielfach durch Witterungseinflüsse gehemmt war. Die Forstverwaltungen entliessen die meisten bisher beschäftigten Saisonkräfte. Verhältnismässig starke Abrufe an Düngemitteln führten zu einer Besserung des Beschäftigungsgrades in den meisten Bezirken des Kalibergbaus und bei mehreren Betrieben der chemischen Industrie.

Sowohl die Hüttenindustrie wie die verarbeitende Grossisenindustrie in Westfalen, Rheinland und Oberschlesien haben weitere Entlassungen vorgenommen. Auch im Kohlenbergbau wurde der Abbau der Belegschaften, wenn auch etwas langsamer, fortgesetzt. Im rheinisch-westfälischen Bezirk stieg die Zahl der arbeitssuchenden Bergarbeiter um rund 1 500, zum 15. März sind weitere rund 1 500 Kündigungen ausgesprochen worden, und die Zahl der arbeitstäglichen Feierschichten belief sich auf mehr als 40 000. Erwas besser war die Lage im Braunkohlenbergbau infolge stärkerer Abrufe für Hausbrandzwecke.
